



Klimapolitische Forderungen
an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern
der Legislatur 2021-2026

Mecklenburg-Vorpommern, den 08. Oktober 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Zusammengefasste Forderungen	2
1 Energie	4
2 Mobilität	7
3 Landwirtschaft	9
4 Bausektor	12
5 Wärmewende	14
6 Bildung	16
7 Verwaltung	21
8 Moore	23
9 Wald- und Forstwirtschaft	26
10 Industrie und Ressourcen	28
Literaturverzeichnis	32

Vorwort

Der Klimawandel ist die größte soziale, ökonomische und technische Herausforderung der kommenden Jahre. Um die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu mildern, müssen wir daher so schnell wie möglich eine klimaneutrale Gesellschaft erreichen. Das Ziel, die Erderhitzung auf 1,5 °C zu begrenzen, ist hierbei der von den besonders betroffenen Gebieten geforderte Kompromiss. Deutschland selbst hat sich mit dem 2015 in Paris geschlossenen Abkommen mit dazu verpflichtet, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen. Aufgrund des akkumulierten Wohlstandes und weil unser Wohlstand auf historischen Emissionen beruht, steht Deutschland und damit auch Mecklenburg-Vorpommern in der Pflicht, entsprechend früher als andere, ärmere Länder klimaneutral zu werden.

Wir verlangen, dass Deutschland und damit auch Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Abkommen stehen. Aktuell würde das CO₂-Budget von Mecklenburg-Vorpommern bei einem Erhalt des Status Quo zur nächsten Legislatur aufgebraucht sein!^[1]

Dabei hat unser Bundesland beste Voraussetzungen für eine klimaneutrale Gesellschaft, wie das gewaltige Potential erneuerbarer Energieproduktion aus Wind und Solar, die Schaffung eines neuen Industriezweigs für grünen Wasserstoff, oder ökosystembasierte Lösungen wie Moorrevitalisierung. Mecklenburg-Vorpommern kann von der anstehenden Transformation profitieren und das erste klimaneutrale Bundesland werden, wenn rechtzeitig gehandelt wird. Wir fordern jetzt den Weg in Richtung einer klimaneutralen Gesellschaft einzuschlagen! Einen sozial gerechten, schnellen Wandel, von dem die Bürger:innen und die zukünftigen Generationen des Landes profitieren können!

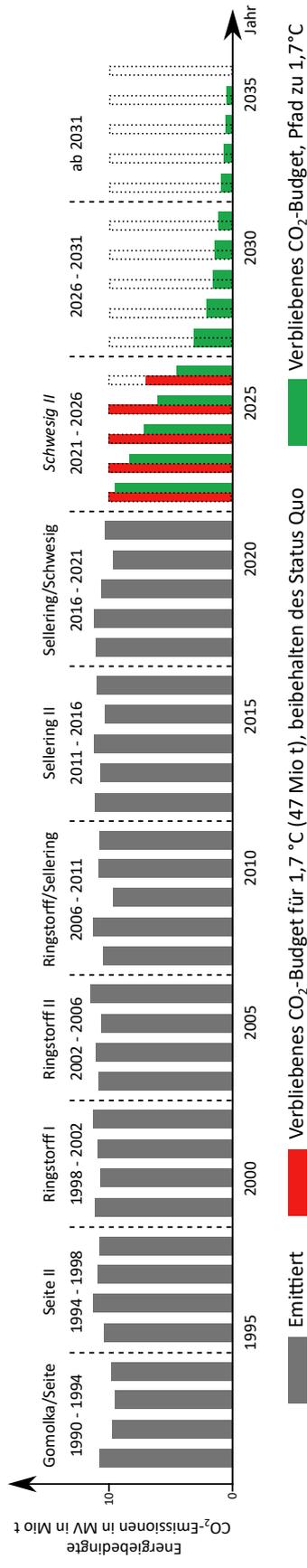
Unsere zentralen Forderungen

Wir fordern die Umsetzung der Forderungen der bundesweiten Fridays-For-Future-Bewegung.^[2] Dazu gehören:

- das verbindliche Einhalten des aus dem Pariser Klimaabkommen resultierenden CO₂-Budgets
- das Beenden der Subvention fossiler Energieträger
- ein zentraler Haushaltsposten Klimaschutz

Zur Einhaltung dieser Ziele braucht MV ein Klimaschutzgesetz mit dem Ziel der Klimaneutralität 2035, dessen zentrale Punkte sich aus unseren Forderungen ergeben sollten:

1. Wir fordern den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren und den Stopp der Förderung jeglicher fossiler Infrastruktur!
2. Wir fordern erschwingliche, klimaneutrale und flächendeckend ausgebaute Mobilität!
3. Wir fordern eine faire, vielfältige und umweltgerechte Landwirtschaft!
4. Wir fordern einen klimapositiven Bausektor!
5. Wir fordern eine schnelle, gesamtgesellschaftliche Wärmewende!
6. Wir fordern gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Bildung!
7. Wir fordern eine generationengerechte und klimaneutrale Verwaltung des Landes!
8. Wir fordern die Wiedervernässung sämtlicher Moore!
9. Wir fordern ein klimaresilientes Wald- und Forstmanagement!
10. Wir fordern eine defossilisierte und ressourcenschonende Industrie!



Energiebedingte CO₂-Emissionen in Mecklenburg-Vorpommern und jeweilige Landesregierungen. Wahljahre werden komplett der endenden Legislatur zugerechnet. Die Jahre 1991 bis 2017 sind bekannt, die Jahre 2018 bis 2020 werden als 1.3 % der bundesdeutschen Emissionen geschätzt.^[3, 4] Das Jahr 2021 sowie das Budget für eine Klimaerwärmung um 1,7 °C erfolgen nach einer Studie im Auftrag des Landesverbandes Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern (LEE MV).^[1] Eine weitere Budget-Rechnung für Mecklenburg-Vorpommern kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.^[5]

1 Wir fordern den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und den Stopp der Förderung jeglicher fossiler Infrastruktur

Wir fordern den möglichst sofortigen Ausstieg aus der Verstromung fossiler Energieträger zur Einhaltung der Klimaziele von Paris. Mit ca. 1,8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ist das einzig verbleibende Kohlekraftwerk in MV verantwortlich für ca. 20 % der CO₂-Emissionen von MV.^[6]

- **Wir fordern die Abschaltung des Kohlekraftwerks Rostock bis zum 31.12.2024.**
- **Der Bau und Betrieb von Nord Stream 2 muss untersagt werden.**

Mit dem Bau und Betrieb der Pipeline Nord Stream 2 wird eine nicht zukunftsfähige Technologie gefördert. Gasversorgung ist keine Brückentechnologie. Die Wärmeversorgung sollte sich zukünftig ausschließlich auf erneuerbare Quellen konzentrieren.

Trotz vieler Bemühungen zur Reduktion des Energiebedarfes ist dieser nicht nur beim verbrauchten Strom, sondern auch bei dem Energieverbrauch verschiedener Sektoren nicht in gewünschtem Maße rückläufig: 2019 wurde nur 15 % der Primärenergie aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt.^[7] Um bis 2035 das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen umgehend:

- **Die Kapazitäten der erneuerbaren Energien ausgebaut werden.**

Hierbei sind nicht nur die Anteile erneuerbarer Energien am Strommix, sondern an der gesamten Energieversorgung zu bedenken. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll mit den Kommunen gedacht, solidarisch und lokal durchgeführt werden. Außerdem muss entsprechende Energieinfrastruktur geschaffen werden. Netzausbau und Speichertechnologie müssen stärker in den Fokus genommen werden.

- **Der Energieverbrauch gesenkt und die Effizienz von Systemen gesteigert werden,**

um Rohstoffe, aber auch Energie einzusparen und die verschiedenen erneuerbaren Energiesystemen besser koppeln zu können.

Mecklenburg-Vorpommern hat mit bis zu 20 % das größte theoretische Flächenpotential für die Windenergie in Deutschland.^[8] Verschiedene Prognoseansätze und Untersuchungen zeigen, dass mit der Defossilisierung der verschiedenen Sektoren (wie bspw. Wärme oder Verkehr) ein Anstieg des Bedarfs an erneuerbaren Energien zu erwarten ist. Nach einer Wortmeldung des Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende wäre ausgehend von der installierten Leistung bzw. des erwarteten Strombedarfs eine Versechsfachung der installierten Windkraftleistung nötig, um den zukünftigen Strombedarf zu decken.^[9, 10]

- **Wir fordern, 2 % der Landesfläche MV bis 2030 als Windeignungsgebiete auszuweisen.**

Derzeit sind deutschlandweit ca. 0,9 % der Landesfläche als Eignungsgebiete ausgewiesen. Davon sind derzeit noch ca. 42 % nicht bebaut.^[9] Das Fraunhofer Institut gibt für MV einen Wert von ca. 0,5 bis 1 % der Landesfläche als ausgewiesene Windeignungsgebiete an.^[11] Die Wertangaben in den derzeit ausgewiesenen und in Aufstellung befindlichen Regionalplänen decken sich damit (z.B. Regionaler Planungsverband Westmecklenburg: 0,83 %, Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern: 0,75 %).^[12, 13] Mit der oben genannten Erforderlichkeit des nicht nur im Stromsektor anfallenden zusätzlichen erheblichen Energiebedarfs sehen wir die schnelle Ausweisung weiterer Flächen für die Windenergie als erforderlich. Auch Gebiete wie Wirtschaftswälder müssen unter Beachtung des Naturschutzes als potentielle Flächen diskutiert werden.

- **Wir fordern eine zukunftsorientierte Abwägung aller Belange im Rahmen des Ausbaus der Windkraft.**

Für die weitere Ausweisung von Flächen und deren Umsetzung in den Genehmigungsverfahren ist eine Anpassung von Abstandsregelungen erforderlich. Es gibt viele Belange, die derzeit dem Ausbau erneuerbarer Energien entgegenstehen. Es ist Aufgabe der Politik diese abzuwägen. Artenverluste durch den menschenverursachten Klimawandel (für MV unter anderem der massive Rückgang von Lebensräumen aufgrund anhaltender Dürreperioden) sollte in ebendiesen Abwägungsprozessen Berücksichtigung finden.

- **Wir fordern den Ausbau der Offshore-Windenergie.**

Neben einem großen Flächenpotential hat MV auch ein großes Windpotential im Vergleich zum Rest Deutschlands, insbesondere auf dem Land und vor der Küste. Der Ausbau von erneuerbaren Energien sollte auch über die alleinige Versorgung unseres Landes hinweg gedacht werden.

- **Um eine schnelle Umsetzung der Energiewende sicherzustellen**, müssen bei den zuständigen Behörden (u.a. dem StALU und Naturschutzbehörden) weitere Stellen geschaffen werden, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Verfahren müssen darüber hinaus vereinfacht werden, indem bspw. Leitfäden für die Artenschutzabwägungen zur Verfügung gestellt werden.
- **Wir fordern den Abbau bürokratischer Hürden für das Repowering von alten Windkraftstandorten.**

Bereits vorbelastete Standorte mit neuen, leistungsstärkeren Anlagen „umzurüsten“ sollte ein Ziel der Energiestrategie sein. Derzeit gibt es für solche Standorte und Vorhaben keine Beschleunigungsmöglichkeiten oder Erleichterungen wie für neue Vorhaben. Wir fordern, dass Repowering immer prinzipiell ermöglicht wird, solange keine neuen bedeutenden Einschränkungen zur Beurteilung des Standorts hinzugekommen sind.

Neben der Windenergie muss auch die Solarenergie massiv ausgebaut werden.

- **Wir fordern die Einführung einer Solarpflicht auf Dächern** mit dem Ziel einer großflächigen Nutzung von Gebäudeflächen (mind. 75 %) für Solarenergie. Insbesondere bei Neubauten oder bei Dachsanierungen müssen Solaranlagen eingebaut werden. Die Einführung eines Solarkatasters kann beim Ausbau der Solarenergie hilfreich sein.
- **Es braucht eine Anpassung der Raumordnung**, sodass weitere Flächen für Solarenergie freigegeben werden. Dabei sollten auch wenig produktive landwirtschaftliche Flächen oder Moorstandorte berücksichtigt werden, wenn dies mit einer Wiedervernässung vereinbar ist.

2 Wir fordern erschwingliche, klimaneutrale und flächendeckend ausgebaute Mobilität!

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland mit entsprechend langen Wegen für alle Bewohner:innen. Der Anteil von reinen Elektrofahrzeugen am PKW-Verkehr beträgt gerade einmal 3,05 % (Stand 2021) und der öffentliche Personennahverkehr wird seit langem nur mit „betriebswirtschaftlichen Aspekten“ betrachtet.^[14, 15] Dies ist besonders vor dem Hintergrund, dass der Autoverkehr die Kommunen das Dreifache des ÖPNV kostet, fahrlässig.^[16]

Klimaneutrale Mobilität muss allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen ermöglicht werden.

- **Wir fordern den massiven Ausbau des ÖPNV.**

Es müssen mehr Linien, ein größeres Netz und besonders auf dem Land eine höhere Taktung ermöglicht werden. Letztere muss besonders an den Tarifgrenzen besser verzahnt werden. In Städten müssen mehr reine Busspuren auf Kosten des Autoverkehrs geschaffen werden. S-Bahn- und Straßenbahninfrastruktur müssen ausgebaut werden. Kommunen müssen stärker vom Land gefördert werden, um neben der Bestandserhaltung auch Neuanschaffungen tätigen zu können.

Das Einstellen von weiteren Bahnlinien ist nicht mehr hinnehmbar. Alte Strecken müssen nach Möglichkeit wieder reaktiviert werden, um bspw. im Regionalverkehr große Lücken im Land zu schließen. Kurzfristig muss außerdem für den Pendelverkehr ein attraktives Park-&-Ride-System am Rand von Ballungszentren geschaffen werden. Weil für die Mehrheit der Reisenden die Zeitoptimierung im Vordergrund steht, kann ein peripheres Park-&-Ride-System in Verbindung mit verknapptem Parkplatzangebot in den Städten dazu führen, den innerstädtischen Autoverkehr zu reduzieren.^[17]

- **Wir fordern die Transformation zum klimaneutralen ÖPNV.**

Das Land muss die Kommunen unterstützen, damit Neuanschaffungen nur noch mit klimaneutralen Antrieben wie bspw. E-Motoren ausgestattet sind (Bsp. E-Busse). Strom für den Verkehrssektor sollte nur noch aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Dazu muss das bestehende Schienennetz elektrifiziert werden. Wo dies nicht möglich ist, sollten nur noch klimaneutrale Antriebe wie batterie- oder wasserstoffbetriebene Züge eingesetzt werden.

- **Wir fordern die Transformation zum Erschwinglichen ÖPNV.**

Mobilität ist ein gesellschaftliches Allgemeingut, weshalb der ÖPNV von der gesamten Gesellschaft getragen werden sollte. Dafür müssen Tarifgrenzen und -hürden abgebaut sowie Angebote wie 365 €-Tickets finanziert werden. Die Mitnahme von Fahrrädern im interstädtischen Regionalverkehr muss kostenlos erfolgen. Ziel muss sein, dass Pendelverkehr und Tourismus auf den ÖPNV umsteigen.

- **Wir fordern den Ausbau der Radinfrastruktur.**

Möglichst allen Bewohner:innen und Tourist:innen muss der Umstieg auf den Fahrradverkehr angeboten werden. Dazu müssen Angebote wie günstiges Bike- oder Lastenrad-Sharing geschaffen, aber auch die Infrastruktur ausgebaut werden. Im Umland um Pendelzentren müssen Radschnellwege für einen Rad- und E-Bike-Pendelverkehr geschaffen werden.

- **Wir fordern die bewusste Reduzierung des Autoverkehrs.**

Dazu verlangen wir die sofortige Festsetzung von Tempo 30 innerorts, wie es u. a. auch von der WHO empfohlen wird.^[18] Kommunen müssen von den Verkehrsämtern mehr Spielraum für sozial gerechtere, nachhaltige Verkehrsversuche wie beispielsweise Fahrradstraßen bekommen. In Städten und größeren Kommunen müssen autofreie Wohnviertel und autofreie Innenstädte entstehen (siehe auch Abschnitt zum Thema Bauen). Parkflächen in Ballungsgebieten müssen bewusst verknappt und Anwohnerparken deutlich teurer werden. Hier muss die Parkplatzpreisdeckelung vom Land deutlich angehoben werden.

- **Wir fordern den massiven Ausbau der Ladeinfrastruktur für klimaneutrale Antriebe.**

Im Jahr 2020 gab es in MV gerade einmal 197 Ladesäulen für E-Autos.^[14] Bestehende Parkplätze müssen mit Ladestationen versehen und ausschließlich durch reine E-Autos genutzt werden. Die Mobilität muss Teil einer effizienten Sektorenkopplung werden.

- **Wir fordern die Schließung der Flughäfen Rostock-Laage und Heringsdorf für den Personenverkehr.**

Die Regionalflughäfen werden aktuell vom Land mit finanziellen Mitteln erheblich unterstützt, die an anderer Stelle für einen sozial gerechten und klimaneutralen Verkehr deutlich besser eingesetzt werden können.^[19, 20] Darüber hinaus bieten beide Flughäfen überwiegend Flugrouten an, die durch schnelle (Nacht-) Zugverbindungen ersetzt werden können.

3 Wir fordern eine faire, vielfältige und umweltgerechte Landwirtschaft!

Unter den Bereich der Landwirtschaft fallen in Mecklenburg-Vorpommern nahezu die Hälfte der Emissionen. Diese setzen sich zu großen Teilen aus der Entwässerung von Mooren, aber auch aus der Tierhaltung und dem übermäßigen Stickstoffeinträgen durch Düngung zusammen.^[21] Damit in MV 1,5 °C konformer Klimaschutz vorangebracht werden kann, gilt es also in diesen Bereichen konsequente Maßnahmen zu ergreifen. Dabei sollte nicht nur die Schwierigkeit der Emissionsminderung, sondern ferner auch die Chancen der Senkenfunktion, der Förderung von Biodiversität und des Trinkwasserschutzes im Fokus stehen. Denn kein anderer Bereich kann wie die Landwirtschaft die verschiedenen ökologischen Krisen verknüpfen und als Teil der Lösung dienen.

Die Landwirtschaft der Zukunft muss mit einer intakten Umwelt vereinbar sein.

- **Wir fordern den Ausstieg aus der entwässerungsbasierten Landwirtschaft bis 2035.**

Vor allem Moore, die für die landwirtschaftliche Nutzung drainiert wurden, sind hierzulande für fast ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Deshalb ist eine Fortsetzung dieser Art der Landnutzung nicht mit dem Pariser Abkommen vereinbar.

- **Wir fordern das Ende der ackerbauliche Moornutzung bis 2025.**

Je stärker ein Moor entwässert ist, desto höher sind die Emissionen, weshalb erster Hand vor allem die trockene ackerbauliche Nutzung beendet werden muss. Außerdem ist tief entwässertes Grünland für hohe Emissionen verantwortlich, weshalb auch hier die Wasserstände angehoben werden müssen.

- **Spielräume der europäischen Agrarpolitik müssen genutzt werden.**

Das Land hat mit der neuen GAP die Möglichkeit eigene Schwerpunkte zu setzen. V. A. durch Gestaltung von Maßnahmen in der 2. Säule, wie bspw. die AUKM, ist dies möglich. Es ist längst überfällig, hier wie in Brandenburg die „Moorschonende Stauhaltung“ einzuführen und weitere Maßnahmen zur Förderung von Wiedervernässung und Paludikultur aufzusetzen.

Außerdem muss der politische Einfluss bei zukünftigen Verhandlungen der Agrar- und Umweltpolitik geltend gemacht werden, um diesen Paradigmenwechsel der Landnutzung bundes- und europaweit weiterzuführen. Beispielsweise ist hier die Stärkung der Paludikultur im nationalen Strategieplan zu nennen. MV kann dann als Vorreiterin und Wissensexporteurin dienen.

- **Wir fordern die Etablierung von Moorklimaschutz und Paludi-Pilotprojekten.**

Mit der neuen Bewirtschaftungsweise der Paludikultur stehen die Landwirt:innen vor neuen Herausforderungen. Um hier die besten Strategien zu finden muss es weitere großflächige Versuchsfelder geben. Das Land MV ist Landbesitzerin und unter dieses Land fallen auch 15 000 ha Moorböden. Diese sind für ebensolche Pilotprojekte zur Verfügung zu stellen.

- **Wir fordern ökologisch-soziale Pachtkriterien auf öffentlichen Flächen.**

Eigentum verpflichtet und öffentliches Eigentum hat im Dienst der Allgemeinheit zu stehen. Die jetzige Form der Landnutzung ruiniert nicht nur Klima, Gewässer und Böden, sondern erfordert auch von Arbeiter:innen, die oft aus dem Ausland kommen, teils unvermeidbare Anstrengungen.^[22] Deshalb ist die Stadt Greifswald vorangegangen und hat auf ihren Flächen Pachtkriterien etabliert.^[23] Das Land muss nun nachziehen und nachbessern, denn neben Standards bei Arbeitsbedingungen, Biodiversität und Klimaschutz muss auch der Ausschluss trockener Moorbewirtschaftungen in einem solchen Katalog enthalten sein.

- **Massentierhaltung muss beendet werden.**

Nicht erst seit Alt Tellin steht die Massentierhaltung stark in der Kritik. Sie belastet Tiere, Natur, Klima und Gesundheit und stellt eine barbarische Ausuferung unseres Wirtschaftssystems dar. Außerdem nimmt die Tierhaltung mit dazugehöriger Futtermittelproduktion weltweit nahezu 80 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ein.^[24] Damit ist sie eine der größten Treiber bei Biodiversitätsverlust und Emissionen aus Landnutzungsänderung. Eine Anlage wie in Alt Tellin darf heutzutage nicht mehr entstehen. Auch andernorts müssen solche Anlagen zurückgebaut werden.

- **Wir fordern die Reduktion von Stickstoffeinträgen.**

Bei der Düngung freigesetztes Lachgas ist eines der stärksten Treibhausgase. Vor allem durch die Düngung von drainierten Mooren werden große Mengen des Gases freigesetzt. Um dessen Bildung zu reduzieren, muss die Ausbringung von Düngemitteln reduziert werden, um den Stickstoffüberschuss drastisch zu senken.^[25]

- **Agrarstrukturlandschaft und Humusgehalt der Böden müssen gestärkt werden.**

Für eine klimaresiliente Landwirtschaft sind auch Strukturen zur Erosionsvermeidung und Kühlung des Mikroklimas bedeutsam. Außerdem kann über Maßnahmen wie Agroforst bei förderlicher Wirkung auf die Biodiversität zusätzlicher Kohlenstoff gebunden werden.^[26] Des Weiteren haben unsere Böden gewaltiges Potential Kohlenstoff zu binden, wenn die Bewirtschaftungsweise dafür förderlich ausgelegt wird: z.B. durch dauerhaften Bewuchs, vielfältige Fruchtfolge, reduzierte Bodenbearbeitung und extensive Weidehaltung.^[27]

- **Die regionale Vermarktung muss gefördert werden.**

Solidarische Landwirtschaft (SolaWis) und andere Konzepte der nachhaltigen Landnutzung sind zu unterstützen. Die regionale Vermarktung muss gestärkt werden, damit saisonale und regionale Ernährung wieder für alle erreichbar und erschwinglich ist.

4 Wir fordern einen klimapositiven Bausektor!

Der Bausektor ist der Hauptverursacher des enormen Ressourcen- und Energieverbrauchs in Deutschland.^[28] Neben der Her- und Bereitstellung der Ressourcen, dem eigentlichen Bau und dem Abriss (graue Energie) ist auch der Betrieb von Gebäuden mit der Emission klimaschädlicher Treibhausgase verbunden.

Dabei birgt der Bausektor durch Recycling und der Verwertung nachwachsender Rohstoffe, energieeffizienter Bauweisen und der lokalen Erzeugung von Energie durch beispielsweise Photovoltaik ein enormes Potential für eine klimapositive Industrie, das bereits heute umgesetzt werden kann.^[29]

- **Flächenversiegelung muss minimiert werden.**

Die Klimakrise ist eine Krise planetarer Grenzen. Flächenkonflikte treten bereits jetzt sogar in weniger stark besiedelten Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern auf.

Der Erhalt, die Renovierung und das Bauen in die Höhe sind dem Versiegeln von neuen Flächen immer vorzuziehen. Sämtliche Flächenversiegelungen müssen kompensiert werden. Dächer, deren Ausrüstung mit Solarenergie in keiner Weise möglich ist, müssen nach Möglichkeit begrünt werden.

- **Wir fordern Sanierungen und Renovierungen statt Neubauten.**

Die Klimabilanz von Gebäuden sinkt durch eine möglichst lange Nutzungsdauer verglichen mit Abriss und Neubau, weil die dabei aufgewendete graue Energie eine deutlich schlechtere Klimabilanz hat.^[30] Sanierung und Renovierungen sind daher Neubauten immer vorzuziehen. Die Politik besitzt hierbei Spielraum durch Förderanreize.

- **Wir verlangen klimapositive Neubauten und treibhausgasarme Instandhaltung.**

Neubauten müssen mit Betrachtung des gesamten Lebenszyklus klimapositiv sein, Renovierung und Erhalt von Bestandsbauten muss mit treibhausgasarmen Bauweisen erfolgen. Klimaschutz muss bei jeder Baumaßnahme verpflichtend mitbedacht werden.

Erreicht werden kann dies durch die Verwendung nachwachsender Rohstoffe wie biologische Dämmmaterialien (z.B. aus Paludikultur) und Holzbauten. Ist es nicht möglich, muss auf recycelte oder klimaneutral produzierte Rohstoffe zurückgegriffen werden. Der Betrieb von Gebäuden trägt durch in der Planung berücksichtigte, maximale Energieeffizienz (bspw. Passivhausstandard) und der verpflichtenden, lokalen Energieerzeugung zur positiven Energiebilanz bei (s. Absatz zu Energie).

- **Wir fordern die Einführung von Kreislaufwirtschaft und nachwachsenden Rohstoffen im Bausektor.**

Es müssen recycelte/nachwachsende und wenn möglich trennbare Baustoffe verwendet werden, um ein späteres Recycling ebenfalls wieder zu ermöglichen. Bei allen Bauweisen muss eine Kreislaufwirtschaft angestrebt werden. Kann dies in einem Bereich noch nicht umgesetzt werden, sollte dazu verstärkt geforscht werden.

- **Es müssen soziale und solidarische Wohngebiete geschaffen werden.**

Wir stehen nicht nur für Klimaneutralität, sondern für Klimagerechtigkeit ein. Dazu gehören auch soziale und solidarische Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und Mietsyndikate in autofreien, sogenannten lebendigen Wohnvierteln. Solche Wohnformen bauen Generationenkonflikte ab und entziehen Wohnraum dem spekulativen Immobilienmarkt. Konzeptversuche zeigen, dass Viertel, in denen der motorisierte Individualverkehr begrenzt ist, eine bessere Lebensqualität besitzen.

- **Verordnungen und Baugenehmigungen müssen an unsere Forderungen angepasst werden.**

Sowohl Baugenehmigungen als auch die Landesbauverordnung müssen entsprechend unserer Forderungen an den Klimaschutz angepasst werden. Diese richten sich auch, aber nicht nur an den privaten Bausektor: Wir erwarten, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern beispielhaft und zügig bei Baubestand und -vorhaben der öffentlichen Hand vorangeht. Deswegen ist in der Landesvergabeverordnung ein verbindliches Kriterium der Treibhausgasvermeidung einzuführen.

Weiterhin stößt der Einsatz nachwachsender Rohstoffe oft auf gesetzliche Hürden, die über den ursprünglichen Sinn hinaus regulieren und den Einsatz solcher Rohstoffe daher erschweren. Entsprechende Verordnungen sind anzupassen.

5 Wir fordern eine schnelle Wärmewende!

Die Erzeugung von Wärme benötigt enorme Mengen des primären Energieverbrauchs – so werden beispielsweise in privaten Haushalten über 90 % der Endenergie für Wärmeanwendungen genutzt, hauptsächlich zur Produktion von Raumwärme. Dazu werden noch heute vorwiegend fossile Energieträger eingesetzt.^[31]

Eine Wärmewende hin zur Produktion klimaneutraler Wärme mit energieautarken Gebäuden in schwach besiedelten Gebieten (wie durch die Kombination von Solarenergie und Wärmepumpen) und der Nutzung klimaneutraler Fernwärme in Ballungsgebieten muss daher umgehend eingeleitet werden.

- **Wir fordern die Umstellung kommunaler Fernwärmenetze auf erneuerbare Energien bis 2035.**

Denkbar sind hier bspw. Solarthermie, Tiefengeothermie, Großwärmepumpen oder Abwärme aus klimafreundlichen Industrien wie Elektrolyseuren. Die Verbrennung von Biomasse sollte nur noch in kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen gefördert werden, oder wenn eine andere klimaneutrale Wärmeversorgung nicht möglich ist. Biomasse aus Paludikulturen sollte besonders subventioniert werden, um die Emissionseinsparungen zu entlohnen, die durch eine nasse Landwirtschaft erbracht werden.

Dennoch bleibt Biomasse ein knappes Gut, denn die nachhaltige Nutzungsgrenze von Biomasse ist in Deutschland heute schon erreicht. Der zukünftige Import von großen Holzmengen führt zu Umweltzerstörung in anderen Ländern und weiteren Emissionen.

- **Wir fordern ein landesweites Programm zur energetischen Sanierung sämtlicher Gebäude.**

Dieses sollte sowohl die finanzielle Unterstützung von Hauseigentümern als auch Wohngesellschaften und Gebäuden in öffentlicher Hand umfassen. Nur durch energieeffiziente Gebäude kann der Gesamtenergiebedarf gesenkt werden, wodurch weniger Wärme benötigt wird – bestehende Fernwärmenetze können dadurch bei geringerer Temperatur betrieben werden, was den Wirkungsgrad von Großwärmepumpen steigen lässt. Die heutige Sanierungsrate von 1 % reicht nicht aus: um bis 2035 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, müssen mindestens 3-4 % aller Gebäude pro Jahr saniert werden.^[10] Eine Förderoffensive mit einer Sanierungsquote von mindestens 4 % ist daher für eine Wärmewende unabdingbar.

Häuser in unmittelbarer Nähe zu einem bestehenden Fernwärmenetzwerk müssen an dieses angeschlossen werden.

- **Es braucht eine umfassende Werbe- und Informationsoffensive!**

Bürger:innen müssen für das Problem sensibilisiert, Hausbesitzer:innen über mögliche Förderungen informiert und allen bei der Umsetzung geholfen werden.^[32, 33] Bereits existierende Strukturen wie die LEKA können dafür genutzt werden, müssen dafür aber deutlich ausgebaut werden.

- **Nachwachsende Rohstoffe als Isoliermaterialien müssen zugelassen und gefördert werden**, um nachhaltiges Bauen zu ermöglichen und klimafreundliche Wertschöpfungsketten zu schaffen. Ein Beispiel sind Wärmedämmplatten aus Paludikultur-Produkten (siehe Absätze zu Landwirtschaft, klimapositives Bauen).

6 Wir fordern eine gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Bildung!

Die Klimakrise ist bisher die größte Herausforderung der Menschheit, welche nur durch das Bewusstsein und Handeln der gesamten Gesellschaft bewältigt werden kann. Angesichts dieser Tatsache ist die Aufklärung aller Altersklassen über klima- und umweltrelevante Themen von größter Wichtigkeit. Darüber hinaus führt das Wissen über die Dringlichkeit des Vorgehens gegen den Klimawandel zu mehr Verständnis für politische Entscheidungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung in der Gesellschaft.

Wir fordern Klimabildung für alle Schüler:innen!

Die Themenfelder Klima und Umwelt sind sehr komplex und daher nur durch einen frühen Zugang erfassbar. Der einzige Ort, an dem zukünftige Generationen erreicht werden können, um diese wichtigen Gebiete zu erlernen, ist die Schule. Neben dem Elternhaus ist die Schule der Ort, an dem Schüler:innen vorwiegend ihre Zeit verbringen und somit auch der Platz, der Kinder und Jugendliche am meisten prägt. Diese Position der Bildung muss genutzt werden, um Schüler:innen für das Thema Klimawandel zu sensibilisieren und ihnen das Bewusstsein für ihr Handeln und dessen Auswirkungen näherzubringen.

- **Klimabildung muss Teil der Schulkultur werden.**

Alle Schulen des Landes sollen den Aspekt des Klimas und der Umwelt aktiv in das Schulleben integrieren. Dies kann beispielsweise durch nachhaltige Schulfeste institutionalisiert werden, um somit die Diversität der Berührungspunkte mit dem Klima- und Umweltschutz zu verdeutlichen.

- **Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit müssen in den Unterricht integriert werden.**

Die Themen Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit müssen 20% des gesamten Unterrichtes ab dem Schuljahr 2023/24 ausmachen, wobei die Integration der Themen in alle Schulfächer anzustreben ist. Realisierbar ist dies durch Projektwochen oder die Verschriftlichung im Lehrplan. Zu behandelnde Themen sind Klassismus, Rassismus, Kolonialismus und Sexismus, da diese gravierende, aktuelle Ungerechtigkeiten der globalen Gesellschaft darstellen.

Die Zusammenarbeit mit externen Organisationen, welche die Themen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit behandeln, ist dabei erstrebenswert, um den Unterricht anschaulicher und verständlicher zu gestalten.

- **Es darf keine Repression wegen politischer Beteiligung geben.**

Die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelten auch für Schüler:innen, weshalb eine verpflichtende Freistellung vom Präsenzunterricht für die Zeit von Demonstrationen und anderen politischen Beteiligungsmöglichkeiten anzustreben ist, da die politische Teilhabe neben der persönlichen Weiterentwicklung auch zur demokratischen Bildung beiträgt. Voraussetzung für diese Freistellung ist die Einverständniserklärung der Eltern bei noch nicht volljährigen Schüler:innen.

- **Ein Klima-Projekt in der Schulzeit soll verpflichtend werden.**

In der Schulzeit soll mindestens ein Schulprojekt verpflichtend im ökologischen und sozialen Bereich absolviert werden. Dabei sollen Schüler:innen alleine oder im Klassenverbund für den Klimaschutz tätig sein oder auf den verschiedensten Ebenen des Lebens mit der Klimakrise konfrontiert werden.

- **Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrer:innen.**

Um die Lehrkräfte umfangreich zu unterstützen, müssen die Themen Nachhaltigkeit, Klimagerechtigkeit und Klimakrise in die bestehenden schulinternen und –externen Fortbildungen für Lehrer:innen integriert werden. Fachlich aufbereitete Lehrmittel wie Schulbücher, Arbeitsblätter o. Ä. sind dafür wünschenswert.

- **Wir fordern die Etablierung eines Pools mit Expert:innen.**

Es soll ein Pool mit externen Expert:innen aus Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft geschaffen werden, die als Kooperationspartner:innen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Lehr- und Lernkultur in Schulen im Land dienen.

Wir fordern die Integration der Klimabildung in Ausbildungen und Studium!

Die 38.000 Studierenden und 20.000 Auszubildenden dieses Landes sind die zukünftigen Berufstätigen von Mecklenburg-Vorpommern. Bereits in ihrer Lehre, beziehungsweise ihrem Studium, müssen diese deshalb mit allen Aspekten der Nachhaltigkeit konfrontiert werden, um ihren folgenden Beruf umweltfreundlich zu gestalten und damit zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen zu können.

- **Wir verlangen Klimabildung in Studiengängen und Berufsausbildungen.**

Die Klima- und Umweltbildung ist in alle Studiengänge und Berufsausbildungen, angepasst an die jeweiligen Lehrinhalte und Berufsbilder, zu integrieren.

- **Wir fordern Praktika zu Klimaanpassung und Nachhaltigkeit.**

In Berufsschulen sollen zwei Wochen im Jahr für Praktika zu den Themen Klimaanpassungen und Nachhaltigkeit im eigenen Berufsfeld verpflichtend zu absolvieren sein.

- **Engagement von Studierenden und Auszubildenden muss unterstützt werden.**

Studierende und Auszubildende, welche selbstständige Lösungsansätze gegen die Klimakrise erarbeiten und sich in sozialen und ökologischen Bereichen engagieren, sind finanziell zu unterstützen. Möglichkeiten der Unterstützung können finanzielle Mittel, die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder eine BAföG-Verlängerung sein.

Wir fordern klimaneutrale Bildungseinrichtungen!

Die Bildungseinrichtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern setzen durch Dienstreisen, Einkäufe und Neubauten viele Treibhausgase frei, welche für das Vorgehen gegen die Klimakrise zu vermeiden sind. So sollen Bildungseinrichtungen den Aspekt der Nachhaltigkeit in ihrer Lern- und Lehrkultur umsetzen und damit die Lernenden aktiv mit den Themen Umwelt und Klima konfrontieren.

- **Wir fordern Klimaneutralität für Bildungseinrichtungen bis spätestens 2030.**

Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen, Universitäten und (Fach-) Hochschulen sind in der Pflicht, durch die eigene Klimaneutralität bis 2030 zu der Klimaneutralität des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2035) beizutragen.

- **Wir verlangen eine Nachhaltigkeitsstrategie.**

Zum Erreichen der Klimaneutralität ist eine Nachhaltigkeitsstrategie für alle Bildungseinrichtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Etwaige Unterschiede der einzelnen Einrichtungen sind durch die Beteiligten derselben zu erarbeiten, um eine zukunftsgerichtete Bildungskultur zu gestalten. Zur Durchsetzung dieser Strategie muss es verpflichtend Ansprechpartner:innen in jeder Einrichtung geben, welche durch eine faire Anrechnung dieser Tätigkeit entlastet werden.

- **Die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen benötigt personelle Ressourcen.**

Das Ziel der Klimaneutralität 2030 und die Umsetzung der erforderlichen Nachhaltigkeitsstrategie benötigt mehr Personal an den Bildungseinrichtungen des Landes.

Deshalb muss an allen Kindertagesstätten, Schulen, Berufs-, Fach-, Hochschulen und Universitäten mindestens eine neue Stelle geschaffen werden, welche sich ausschließlich mit der Umsetzung von Nachhaltigkeit an der jeweiligen Einrichtung befasst.

- **Neue Einrichtungen müssen klimaneutral gebaut werden.**

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist in der Verantwortung neue Bildungseinrichtungen klimaneutral bis klimapositiv zu bauen. Hierbei werden nachhaltige Ressourcen genutzt, auf Wiederverwertung der Baustoffe geachtet und den Bildungseinrichtungen eine möglichst energiesparende Nutzung ermöglicht.

- **Es müssen ein Nachhaltigkeitsrat und ein:e Nachhaltigkeitsbeauftragte:r eingerichtet werden.**

In jeder Universität und (Fach-) Hochschule muss ein Nachhaltigkeitsrat etabliert werden, welcher über ein Vetorecht gegenüber allen Entscheidungen des Senats und des Direktorats verfügt, um nicht nachhaltige Entscheidungen zu revidieren. Zusätzlich soll ein:e Nachhaltigkeitsbeauftragte:r für einen zügigen Fortschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität 2030 verantwortlich sein. Die zuständige Person wird für die Tätigkeit fair entlohnt.

- **Bildungseinrichtungen müssen entsprechend finanziell ausgestattet werden.**

Für die nötigen strukturellen und baulichen Maßnahmen ist eine ausreichende Finanzierung der Bildungseinrichtungen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten. Wenn das Land diese nicht bereitstellen kann, soll der Landtag eine entsprechende Initiative zur Finanzierung derartiger Vorhaben im Bundesrat starten. Der Hochschulbaukorridor des Landes muss an ökologische Kriterien geknüpft werden.

- **Einrichtungen sollen in diverse BNE-Fördernetzwerke eintreten.**

Es ist anzustreben, dass die (Fach-) Hochschulen und Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern einem oder mehreren Netzwerken beitreten, damit weitere Fördermittel zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung stehen. Ein Beispiel für die erwähnten BNE-Netzwerke ist HOCH^N.

Wir fordern kostenlose und nachhaltige Bildungsangebote über den Bildungsweg hinaus!

Ein Großteil der Bevölkerung besucht derzeit weder die Schule, noch absolvieren diese Menschen eine Ausbildung oder ein Studium. Bei der Einhaltung des 1.5 °C-Zieles ist jedoch jede Person relevant, weshalb es von elementarer Bedeutung ist, auch diese Personengruppe über klimarelevante Themen zu bilden. Die Menschen müssen sich aufgrund ihres hohen Einflusses auf die Politik über den Klimawandel und den damit verbundenen Umweltschutz informieren können, um zukünftiges Leben auf dem Planeten sicherzustellen.

- **Wir fordern die Weiterbildung von Berufstätigen im Bereich des Klimaschutzes.**

Das Bildungsfreistellungsgesetz MV muss Bildung im Bereich von Klimaschutz und Nachhaltigkeit mit aufnehmen. Wünschenswert sind fünf Klimatage pro beschäftigter Person pro Jahr, an denen Arbeitnehmer:innen bezahlt von der Arbeit freigestellt sind, um Fortbildungen im Bereich Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit zu besuchen.

- **Wir verlangen leicht zugängliche Informationen.**

Es muss einfach formulierte und leicht zugängliche Informationen zu den Themen Klima und Umwelt sowie Maßnahmen zum Handeln für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns geben, damit jede Person des Landes das eigene Potential zum klimagerechten Mitwirken ausschöpfen kann.

Neben Schulen, Hochschulen und Fortbildungen für Arbeitnehmer:innen müssen auch Abend- und Volkshochschulen ihre Kursteilnehmer:innen in den genannten Themenfeldern informieren.

7 Wir fordern eine generationengerechte und klimaneutrale Verwaltung des Landes!

Nicht nur die Bürger:innen und Unternehmen von Mecklenburg-Vorpommern müssen für eine bessere Zukunft klimaneutral werden. Auch die Verwaltung des Landes, seine Unternehmen, Dienstleister:innen und Behörden, müssen klimaneutral werden. Nicht zuletzt hat das Land hierbei eine Vorbildfunktion: es kann nur bei eigener Transformation zur Klimaneutralität glaubhaft von den Bürger:innen Gleiches verlangen und den Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft anstoßen.

- **Der gesamte öffentliche Sektor muss den Forderungen dieses Katalogs folgen.**

Dazu gehören beispielsweise energieeffizientes Bauen, Solarpaneele und Wärmedämmung bei allen Gebäuden des Landes sowie bei solchen, bei denen das Land nur Bauherr ist. Die Dienstreise- und Beschaffungsrichtlinien müssen bei allen Behörden, Bildungseinrichtungen und Ämtern mit dem Ziel der Klimaneutralität überarbeitet werden, sodass beispielsweise nur noch für die klimafreundlichste Anreise Dienstreisekosten übernommen werden. Dienstwagen dürfen nur noch rein klimaneutral (elektrisch, H₂) betrieben werden. Die Verwaltung muss papierärmer werden und mehr Möglichkeiten sowie die entsprechende Infrastruktur für Mitarbeiter:innen für Home-Office anbieten. Öffentliche Kantinen sollten bei der Essensversorgung auf den CO₂-Fußabdruck achten und beispielsweise weniger Fleisch anbieten.

- **Die Landesfinanzen müssen klimaneutral gestaltet werden.**

Der Landeshaushalt muss an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden. Nichtnachhaltiges Handeln wird damit begründungs- und kompensationspflichtig! Außerdem müssen das Land selbst, Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes und sämtliche Stiftungen des Landes ein Divestment durchführen.

- **Es braucht langfristige politische Strategien mit Kontrollgremien.**

Landesstrategien müssen auf das Erreichen der hier formulierten Nachhaltigkeitsziele ausgelegt werden. Es muss außerdem eine Prüfstelle Klimaschutz eingerichtet werden, die die Sektorenziele zum Erreichen eines klimaneutralen Bundeslandes begleitet und deren Einhaltung überblickt.

- **Wir fordern eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16.**

Die Krise planetarer Grenzen, in der wir bereits jetzt leben und deren Auswirkungen wir, die junge Generation, in Zukunft erheblich spüren werden, lässt sich nur in der Gegenwart mindern. Da die aktuelle Politik darin versagt, mit Weitsicht zu Handeln und stattdessen die Lebensgrundlage kommender Generationen verwirtschaftet, fordern wir, dass zumindest durch eine geringe Herabsetzung des Wahlalters diese Generation eine entsprechende Stimme in der demokratischen Gesellschaft erhält.^[34] Daher muss das Wahlalter auf 16 gesenkt und jugendliche Mitbestimmung am politischen Entscheidungsprozess gestärkt werden.

8 Wir fordern die Wiedervernässung von Mooren!

Moore bedecken 12,5 % der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommerns (288.000 ha). 72 % dieser Flächen werden heute landwirtschaftlich (Dauergrünland oder Acker) oder forstwirtschaftlich genutzt und dafür größtenteils entwässert. Mit der Absenkung der Wasserstände werden in den mächtigen, durch Pflanzenreste aufgebauten Böden mikrobielle Abbauprozesse beschleunigt. Moore setzen heute rund 30 % der gesamten Emissionen des Landes frei. Dies ist Grund genug, hier eines der Handlungsfelder mit der höchsten Priorität zu sehen.^[35]

Das Land muss eine Moorklimaschutzstrategie mit dem Ziel der Wiedervernässung sämtlicher Moore in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten, welche wesentlicher Bestandteil eines Landesklimaschutzgesetzes sein muss.

- **Es müssen ab sofort im Schnitt 17.000 ha pro Jahr wiedervernässt werden.**

Die Menge an Emissionen, die von Moorböden freigesetzt wird, ist maßgeblich vom Wasserstand der Flächen abhängig. Durch Wiedervernässung können die CO₂-Emissionen vollständig reduziert werden. Trotz anfänglicher Bemühungen in den 2000er Jahren im Rahmen des ersten Moorschutzkonzeptes des Landes stagniert die Zahl wiedervernässter Moorflächen seit Jahren bei rund 31.000 ha (10,7%). Bei diesem Tempo werden die Moorflächen Mecklenburg-Vorpommerns voraussichtlich erst im Jahr 2150 vollständig klimaneutral – viel zu spät. Um die Klimaneutralität 2035 zu erreichen, müssen sofort kontrollierte, großflächige Wiedervernässungen stattfinden. Hier erwarten wir vom Land eine Priorisierung der Moorflächen nach Emissionseinsparungspotential und Durchführbarkeit.

Dabei ist die Revitalisierung anfangs mit Mitteln zu fördern, muss bis 2035 aber verbindlich werden. D. h., dass die Förderung auslaufen muss und Revitalisierung ab spätestens 2030 schrittweise verpflichtend wird, wobei auch ordnungsrechtliche Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden dürfen.

- **Nasse Moorbewirtschaftung muss gefördert werden.**

Es gibt Möglichkeiten, auch nasse Moore zu bewirtschaften. Stichwort ist hier die Paludikultur. Dies ist aber meist mit einem erhöhten Aufwand seitens der Flächenbesitzer:innen und Bewirtschafteter:innen verbunden. Außerdem fehlen, Stand heute, die nötigen Wertschöpfungsketten, um diese Art der Bewirtschaftung für die Landwirt:innen rentabel zu gestalten.

Um diesen eine sichere Chance zu geben, von der bisherigen Bewirtschaftungsweise auf eine klimafreundliche umzustellen, müssen Anreizpakete geschaffen werden, die eine generelle Förderung, Produktentwicklung sowie die Vermarktung dieser mit einbeziehen. Hier sollte sich die Landesregierung auf EU- und Bundesebene dafür einsetzen, dass besonders Ökosystemdienstleistungen entlohnt werden, die durch Paludikultur erbracht werden. Solange weder die EU noch der Bund Ökosystemdienstleistungen so vergüten, dass eine Umstellung einer entwässerungsbasierten Landwirtschaft auf Paludikultur betriebswirtschaftlich rentabel wird, muss das Land diese Ökosystemdienstleistungen vergüten.

- **Wir verlangen den Abbau von Hürden zur Revitalisierung.**

Die Wiedervernässung von Moorflächen scheitert oftmals an fehlender Kommunikation und Möglichkeiten für Kooperation zwischen den Flächenbesitzer:innen. Das Land kann hierbei als Vermittler agieren, die verschiedenen Eigentümer:innen zusammenbringen und ggf. über Flächentausch die Auflösung von Widerständen bei Wiedervernässungsprojekten bewirken. Im Sinne des öffentlichen Interesses darf sich aber nicht auf die Freiwilligkeit der Akteure beschränkt werden. Stattdessen muss ein verpflichtender Umbau stattfinden, welcher bei Weigerung auch sanktioniert wird.

- **Wir fordern den Aufbau von Strukturen für den Moorklimaschutz.**

Wissen und Beratungsangebote für Betroffene müssen gesammelt und leicht verständlich zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren braucht es für die praktische Umsetzung von Projekten klare Zuständigkeiten und Kompetenzen. Dafür soll eine Moorschutzagentur (analog zur LEKA) eingerichtet werden.

- **Moore sind wichtig für unseren Wasserhaushalt.**

Sie spielen eine Rolle, die weit über CO₂-Emission und -Speicherung hinausgeht, denn sie beeinflussen auch den Landeswasserhaushalt entscheidend. So fehlen MV durch die langjährige Entwässerung inzwischen 4 km³ an Wasser, was etwa dem Fünffachen der Müritz entspricht. Das muss in den betroffenen Bereichen (bspw. Wasser- und Bodenverbänden) verstanden und dem entgegengewirkt werden. Hierfür müssen personelle Kapazitäten und Fachkenntnisse geschaffen sowie finanzielle Rahmenbedingungen angepasst werden. In Zeiten der Klimakrise muss nicht länger Wasser, sondern Dürre bekämpft werden. Deshalb gilt es, die positiven Leistungen der Moore für den Landeswasserhaushalt zu honorieren.

Die Tragweite, die entwässerte Moore auf unser Leben haben, muss leicht verständlich und mit mehr Nachdruck weitergegeben werden. Hier kann eine Imagekampagne „Wasser in MV“ initiiert werden.

- **Wir fordern ein sofortiges Ende des Torfabbaus.**

Laut Bergamt Stralsund werden 100 ha in MV zum Abbau von Torf genutzt. Der Abbau von Torf führt zur unwiederbringlichen Zerstörung des Torfkörpers. Der gewonnene Torf wird vor allem als Substrat im Gartenbau genutzt, wo dieser schnell mineralisiert und das im organischen Material gespeicherte CO₂ freigibt.

9 Wir fordern ein der Klimakrise angemessenes Wald- und Forstmanagement!

Wälder leiden unter den Folgen des Klimawandels. Höhere Temperaturen und verminderte Niederschläge erhöhen das Trockenstressrisiko von Bäumen. Trockenstress, Stoffeinträge aus der Landwirtschaft und Befall mit Schädlingen setzen der Gesundheit von Wäldern und Forsten zu. Der Gesundheitszustand der Wälder in Mecklenburg-Vorpommern ist heute schon angespannt. Der Anteil von Bäumen mit deutlichen Schäden (heute 25,1 %) kann in den kommenden Jahren deutlich ansteigen.^[36] Neben der Gefährdung des Waldes als Heimat vieler Tier- und Pflanzenarten wird damit auch die Fähigkeit von Wäldern und Forste vermindert, CO₂ in Form von organischem Material zu speichern.

Als größter Waldbesitzer in MV (36 %) sollte das Land seine Vorbildfunktion durch ein zukunftssträchtiges und der Klimakrise angemessenes Forstmanagement wahrnehmen.^[37] Handlungsempfehlungen, Lösungsansätze und Hilfestellungen gibt es bereits. Vorhaben scheitern meist an dem fehlenden Willen, zuständige Einrichtungen mit genügend finanziellen und personellen Mitteln auszustatten.

- **Wir fordern die Umwandlung verbliebener Waldflächen in klimaresiliente Mischwälder.**

Mit den heute mehr als defizitären Klimaschutzmaßnahmen werden die globalen Temperaturen um mehr als 1,5 °C ansteigen. Um den möglichen Verlust großer Teile der Waldflächen durch Trockenheit, Sturmschäden oder Schädlingsbefall zu verhindern, müssen die meist von Nadelbaum-Reinkulturen dominierten Flächen vielfältiger werden. Diversität in Altersstruktur, innerartlichem Genpool und Baumarten sind Stellschrauben, die das Risiko klimabedingter Komplettkahlschläge minimieren. Der Umbau kann, um weitere Kahlschläge zu vermeiden, durch Waldverjüngung umgesetzt werden.^[38] Ein zusätzliches Management des Wasserhaushalts, effektive Brandschutzmaßnahmen sowie auch Sensibilisierungsoffensiven für dieses Thema sind Mittel, um mit zunehmenden und längeren Dürreperioden umzugehen.

- **Wir fordern klimaresiliente Aufforstung!**

Bei der Bekämpfung des Klimawandels können Wälder und Forste einen entscheidenden Beitrag durch Speicherung von CO₂ leisten. Waldflächen können so zeitweise als CO₂-Senken dienen. Diese Wirkung entfalten Waldflächen, wenn es einen Zuwachs an Speichern wie lebendem organischem Material und Totholz gibt.^[39]

Das selbstgesetzte Ziel, Niedersachsen mit einem Waldanteil von 26 % und Nordrhein-Westfalen mit 27 % zu überholen, scheint in weiter Ferne – bedenkt man, dass bis dahin noch rund 69.000 ha fehlen.^[40] Selbst bei einer jährlichen Waldvermehrung von 1.000 ha, an der Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren scheitert, bräuchten wir 69 Jahre.^[41]

Zudem erfordern Erstaufforstungen eine intensive Pflege des Jungbestandes. Hierbei müssen zusätzliche Stellen geschaffen und finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um neu gepflanzte Waldflächen zu etablieren.

- **Wir fordern die Förderung der Laubholzverarbeitung.**

Besonders als Baustoff kann Holz über lange Zeiträume einmal gebundenes CO₂ fixieren. Aber mit der Umgestaltung der Wälder von Nadelholz-dominierten Reinkulturen hin zu Mischwäldern mit einem weitaus höheren Laubbaumanteil stellen sich auch neue Herausforderungen an Verarbeitungsbetriebe. Während aus Laubholz immer mehr Alltagsgegenstände hergestellt werden, steht der Laubholz-Bauholz-Markt noch am Anfang. Hier sollten Projekte zur Verwendung von Laubhölzern gefördert werden.

10 Wir fordern Ressourcenschonung und eine defossilisierte Industrie!

In wenigen Jahrzehnten wird auch die Industrie weltweit klimaneutral werden müssen. Dieser Wandel bietet für Mecklenburg-Vorpommern ein großes Potential für sinnstiftende Arbeitsplätze in zukunftsweisenden Technologien. Der Umbau der Industrie muss allerdings schnellstmöglich umgesetzt werden. Nicht nur aus einer globalen Verantwortung heraus, sondern auch um auf dem Weltmarkt der Zukunft bestehen zu können!

Außerdem muss unsere Landesregierung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen eintreten. Denn nicht nur unsere Atmosphäre ist am Limit, sondern auch einige Arten der Rohstoffnutzung.

- **Zukunftsfähige Arbeitsplätze müssen geschaffen werden!**

Die Landesregierung soll eine Strategie entwickeln, wie entlang der gesamten Wertschöpfungskette der erneuerbaren Technologien Arbeitsplätze geschaffen und Start-Ups unterstützt werden können. Von der Gewinnung der Ressourcen bis zur Reparatur und zum Recycling!

- **Wir fordern das Durchsetzen einer Kreislaufwirtschaft.**

Die Kreislaufwirtschaft soll überall dort gefördert werden, wo entweder seltene Rohstoffe wiedergewonnen werden können, oder wo Klimabilanz und Ökobilanz positiv sind. Die Landesregierung soll dazu entsprechende Untersuchungen beauftragen und dementsprechend Richtlinien und Förderungen beschließen.

- **Wir fordern, den Phosphorkreislauf zu schließen.**

Die Wiedergewinnung von Phosphor in Kläranlagen und die anschließende landwirtschaftliche Nutzung soll unterstützt werden.

- **Das Land muss als Anteilseigner und Kreditgeber lenken und wirken.**

Beteiligungen, finanzielle Unterstützung und Überbrückungskredite für Unternehmen durch das Land sollen an Bedingungen geknüpft werden, die eine beschleunigte Energiewende sicherstellen.

- **Wir fordern nachhaltigen Schiffbau.**

Die MV-Werften sollen Unterstützung dabei bekommen, ihr Geschäftsfeld auf eine beschleunigte Energiewende auszurichten. Es gibt im Schiffbau große Potentiale durch den Bau von Offshore-Windparks und die zukünftige Umrüstung von Schiffen auf klimaneutrale Antriebe. Auch der Transport von grünem Wasserstoff, Methan und Ammoniak ist ein wachsender maritimer Wirtschaftszweig.

- **Wir fordern den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft.**

Mecklenburg-Vorpommern ist wahrscheinlich das Bundesland mit dem größten Potential als Standort für eine Wasserstoffindustrie, da es hier große Flächen für die Stromproduktion, potentielle Abnehmer der Produkte des Elektrolyseurs, Hafenstädte mit geeigneter Infrastruktur und große Fernwärmenetze für die Nutzung der Abwärme gibt. Die Fertigstellung von Elektrolyseuren in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Leistung von mindestens einem Gigawatt sowie der damit verbundene Ausbau erneuerbarer Energien soll bis Ende 2026 durch eine Förderung von EU, Bund und Land ermöglicht werden.

- **Lebensmittelverschwendung muss minimiert werden.**

Die Landesregierung soll für Mecklenburg-Vorpommern ein Gesetz beschließen, welches das „Containern“ legalisiert. Außerdem soll sie sich auf Bundesebene für ein Gesetz einsetzen, welches es Supermärkten und Einzelhändlern verbietet, nicht verkaufte Lebensmittel unbrauchbar zu machen. Frankreich hat bereits seit 2016 ein solches Gesetz - das „Loi Garot“.^[42]

- **Güter gehören auf die Schiene!**

Der Güterverkehr soll gefördert werden, sowohl innerhalb des Landes als auch darüber hinaus. Betriebe benötigen entweder einen Gleisanschluss vor Ort oder einen Umschlagplatz in der Nähe. Ziel muss sein, dass LKW nur noch auf kurzen Strecken oder für die letzte Meile eingesetzt werden.

Literaturverzeichnis

- [1] Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern. 1. Juni 2021. URL: <https://www.lee-mv.de/2021/06/11/co2-studie/>.
- [2] Fridays For Future Deutschland. 9. Aug. 2021. URL: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>.
- [3] Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. „Drucksache 7/5464: Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Mecklenburg-Vorpommern“. Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE. Nov. 2020.
- [4] Bundesministerium für Umwelt. 5. Okt. 2021. URL: https://www.bmu.de/media?tx_bmubmedia_media%5Bmedia%5D=1485&cHash=f11efe757b1efcafe45ac4dd5fab6afb.
- [5] Hannes Damm. „Szenario für ein vollständig erneuerbares Energiesystem 2035“. Studie zur Energieversorgung in Mecklenburg-Vorpommern. 2021.
- [6] Klimawende Köln. 9. Aug. 2021. URL: <https://klimawende.koeln/2020/06/18/hintergrundinformation-kohlekraftwerk-rostock/>.
- [7] Naturschutz und nukleare Sicherheit Bundesministerium für Umwelt. 10. Mai 2021. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaerenergieverbrauch#primarenergieverbrauch-nach-energietragern>.
- [8] Erneuerbare Energien (TFV Technischer Fachverlag GmbH). 25. Jan. 2016. URL: <https://www.erneuerbareenergien.de/archiv/flaechen-fuer-windkraft-in-gefahr-150-434-92868.html>.
- [9] Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende KNE gGmbH. 16. März 2020. URL: <https://www.naturschutz-energiewende.de/aktuelles/flaechenverfuegbarkeit-fuer-die-energiewende/>.
- [10] Erneuerbare Energie - Szenarien. 9. Aug. 2021. URL: <https://www.ernes.de/seite/422657/softwaretools-100prosim.html#100prosim>.
- [11] Volker Berkhout, André Bisevic, Michael Claußner, Martin Dörenkämper, Michael Durstewitz, Stefan Faulstich, Philip Görg, Laura Große, Berthold Hahn, Fabian Huneke u. a. *Windnergie Report Deutschland 2018*. Fraunhofer Verlag Stuttgart, 2019.
- [12] Kapitel Energie Teilfortschreibung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Westmecklenburg. 5. Okt. 2021. URL: <https://www.region-westmecklenburg.de/Regionalplanung/Teilfortschreibung-RREP-WM-2011-Kap-Energie/>.
- [13] Regionaler Planungsverband Vorpommern. „Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern“. Zweite Änderung. 2020.
- [14] Agentur für Erneuerbare Energien e. V. 9. Aug. 2021. URL: <https://www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/MV/kategorie/mobilitaet>.
- [15] Ostsee-Zeitung. 3. Mai 2018. URL: <https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Wirtschaft/Bus-fahren-in-MV-fuer-einen-Euro-am-Tag>.

- [16] Universität Kassel. 9. Aug. 2021. URL: <https://www.unikims.de/de/newsarchiv/der-autoverkehr-kostet-die-kommunen-das-dreifache-des-oepnv-und-der-radverkehr-erhaelt-die-geringsten-zuschuesse>.
- [17] Nils Fearnly, Stefan Flügel, Marit Killi, Fredrik A. Gregersen, Mark Wardman, Elise Caspersern und Jeremy P. Toner. „Triggers of Urban Passenger Mode Shift - State of the Art and Model Evidence“. In: *Transportation Research Procedia* 26 (2017), S. 62–80. DOI: [10.1016/j.trpro.2017.07.009](https://doi.org/10.1016/j.trpro.2017.07.009).
- [18] Redaktionsnetzwerk Deutschland. 17. Mai 2021. URL: <https://www.rnd.de/politik/tempolimit-who-verlangt-geschwindigkeitsbegrenzung-von-30-kmh-in-staedten-02IANDQH22X54FJORKEXM7HLZY.html>.
- [19] Norddeutscher Rundfunk. 19. Aug. 2020. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Regionalflughafen-im-Norden-unwirtschaftlich,flughafen2220.html>.
- [20] Matthias Runkel, Lea Paoli und Werner Reh. „Regionalflughäfen: Ökonomisch und klimapolitisch unverantwortliche Subventionen“. Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Aug. 2020.
- [21] Greifswald Moorzentrum. 1. Mai 2021. URL: https://greifswaldmoor.de/files/dokumente/Infopapiere_Briefings/20210531_Faktenpapier%20Moorklimaschutz.pdf.
- [22] Haufe Online. 8. Apr. 2015. URL: https://www.haufe.de/compliance/recht-politik/arbeitsbedingungen-der-preis-fuer-billige-lebensmittel_230132_296976.htm.
- [23] Beschluss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu den Kriterien für die Neuvergabe von landwirtschaftlichen Flächen. 4. Nov. 2019. URL: <https://www.greifswald.de/de/.galleries/BSK/BV-V-07-0063.pdf>.
- [24] Statistisches Bundesamt. 15. Jan. 2021. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Landwirtschaft-Fischerei/tierhaltung-fleischkonsum/tierhaltung-fleisch.html>.
- [25] Umweltbundesamt. 9. Aug. 2021. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/lachgas-methan>.
- [26] Deutscher Fachverband für Agroforstwirtschaft. 9. Aug. 2021. URL: <https://agroforst-info.de/chancen/>.
- [27] Energie-Zukunft. 11. Aug. 2018. URL: <https://www.energiezukunft.eu/umweltschutz/landwirtschaft-im-klimawandel-boeden-muessen-co2-speicher-werden/>.
- [28] Architects for Future Deutschland e. V. 9. Aug. 2021. URL: <https://www.architects4future.de/statement>.
- [29] Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen. 1. März 2020. URL: https://issuu.com/dgnb1/docs/dgnb_broschuere_klimapositiv_issue?e=0.

- [30] Umweltbundesamt. 1. Feb. 2019. URL: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-10-29_texte_132-2019_energieaufwand-gebaeudekonzepte.pdf.
- [31] Umweltbundesamt. 16. März 2021. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-fuer-fossile-erneuerbare-waerme#warmeverbrauch-und-erzeugung-nach-sektoren>.
- [32] Westdeutsche Allgemeine Zeitung. 5. Jan. 2021. URL: <https://www.waz.de/wirtschaft/wirtschaft-in-nrw/energiewende-was-ganz-deutschland-von-bottrop-lernen-kann-id231263980.html>.
- [33] Westdeutscher Rundfunk. 15. Juni 2021. URL: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/ergebnis-innovation-city-bottrop-co2-halbiert-100.html>.
- [34] Pressemitteilung des BVerfG. 21. Apr. 2021. URL: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>.
- [35] Moorcentrum Greifswald. 1. März 2021. URL: https://greifswaldmoor.de/files/dokumente/GMC%20Schriften/2020-03_Moore%20in%20MV_Faktensammlung_%20Hirschelmann%20et%20al_final.pdf.
- [36] Landesforst MV. 12. Jan. 2021. URL: <https://www.forstpraxis.de/wp-content/uploads/Waldzustandsbericht-MV-2020-Download.pdf>.
- [37] Landesforst MV. 2019. URL: <https://www.wald-mv.de/serviceassistent/download?id=1609184>.
- [38] Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg. 5. Mai 2008. URL: <https://www.waldwissen.net/de/waldwirtschaft/waldbau/bestand-espflge/behandlung-von-fichtenbestaenden>.
- [39] Bundesforschungszentrum für Wald. 8. Apr. 2021. URL: <https://www.waldwissen.net/de/lebensraum-wald/klima-und-umwelt/klimawandel-und-co2/co2-einsparung-durch-den-waldbasierten-sektor>.
- [40] Zeit Online. 19. Mai 2021. URL: https://www.zeit.de/news/2021-05/19/backhaus-lage-der-waelder-und-forstwirtschaft-vorgestellt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.
- [41] Norddeutscher Rundfunk. 19. Mai 2021. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Land-stellt-eigene-Flaechen-fuer-Aufforstungsprogramm-bereit,forstbericht100.html>.
- [42] Assemblée Nationale française. 5. Jan. 2021. URL: https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/textes/l15b3725_proposition-loi.

Impressum

Herausgegeben vom Initiativbüro Rostock e. V.
Warnowufer 29
18057 Rostock

Tel: 0176 867 567 40

E-Mail: info@brockmann.biz

Presse-Kontakt: mecklenburg-vorpommern@fridaysforfuture.de

Vereinsregister: Amtsgericht Rostock, Nr.: VR 10718

Vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder i. S. d. § 26 BGB (2):

Malte Brockmann, Maria Rohr, Hannes Scharen

